

# Der Regierung den Standpunkt vermittelt

«Aktuelle Stunde» heisst das neue Traktandum im Landtag, welches jeweils zu Beginn der Sitzungen behandelt wird. Die Bilanz der gestrigen Premiere: belebend, engagiert und sachorientiert.

Von Bettina Stahl-Frick

Vaduz. – Abwechslungsweise bringt von Sitzung zu Sitzung eine der vier Fraktionen ein aktuelles Thema zur Beratung ein. Wer das Thema bestimmt, dieser Partei gehört jeweils das Eröffnungs- wie auch das Schlussreferat. Dafür stehen dem Redner zwei Zeitgefässe von je fünf Minuten zur Verfügung. Dazwischen bekommen alle Fraktionen und die Regierung jeweils ein Zeitgefäss von zehn Minuten für ihre Redebeiträge. Damit die Redezeiten auch tatsächlich eingehalten werden, wird für die aktuelle Stunde im Plenum ein zusätzlicher Bildschirm aufgestellt, auf dem die Minuten als Countdown angezeigt werden. Das Ziel der aktuellen Stunde: Der Landtag erteilt der Regierung keine Aufträge, sondern vermittelt ihr lediglich seine Standpunkte zu verschiedensten Themen.

In diesem Sinne hat das neue parlamentarische Instrument gestern reibungslos funktioniert. «Mit dieser Neuerung hat der Landtag ein kleines Stück Geschichte geschrieben», sagte Landtagspräsident Albert Frick in seiner Begrüssung. Das Thema für die erste aktuelle Stunde durfte von der FBP bestimmt werden und lautete: Langfristige Sicherung der AHV.

## Rentner nicht belasten

Den Rahmen des Eröffnungsreferates nutzte der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler, um fünf Thesen rund um die Sicherung der AHV aufzustellen. Sein erster Leitsatz: «Die AHV-Revision muss so ausgestaltet werden, dass bestehende Rentner nicht belastet werden.» Nachträgliche Eingriffe würden die wohlverworbenen Rechte

der Rentner stark verletzen. Als zweiter Punkt bemängelte Elfried Hasler den allgemeinen Staatsbeitrag an die AHV: «Dieser ist systemfremd, ungerecht und auf die Dauer nicht finanzierbar.» Drittens müsse die Rente das Existenzminimum decken. Im vorletzten Punkt stellt der FBP-Abgeordnete das Rentenalter infrage: Im internationalen Vergleich stehe Liechtenstein mit 64 Jahren alleine da. Mit einer Erhöhung des Rentenalters würde auch die zweite Säule entlastet werden – «ein willkommener Nebeneffekt.» Sein fünfter Leitsatz: «Ohne angemessene Beitragserhöhungen lässt sich die AHV langfristig nicht finanzieren.» Liechtensteins Beitragssätze seien deutlich tiefer als jene in der Schweiz – «und dies bei deutlich besseren Leistungen». Elfried Hasler ist überzeugt: «Diese Rechnung kann auf Dauer nicht aufgehen.»

## Beitragsdauer verlängern

«Es ist klar, wohin die Reise geht», knüpfte VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser an die Worte von Elfried Hasler an. Die AHV prognostiziere bis ins Jahr 2021 einen Rückgang der Reserven auf das 6,5-fache der Rentenverpflichtung. Schnelles Handeln ist angezeigt: «Denn auch nachfolgende Generationen haben ein Recht auf eine gesunde, funktionierende AHV, und dafür tragen wir Politiker Verantwortung.» An einer Verlängerung der Beitragsdauer führe zur langfristigen Sicherung der AHV wohl kein Weg vorbei. Dabei stelle sich unter anderem die Frage, die längere Beitragszeit an die Lebensjahre oder an die Versicherungsjahre zu knüpfen. «Sicher ist nur, dass Liechtenstein auch in Zukunft ein sicherer Arbeitsplatz sein muss.» Denn in erster Linie sichern Arbeitsplätze jene Beiträge, die der jetzigen und künftigen Finanzierung der AHV dienen. «Lassen wir uns auf Diskussionen ein und suchen miteinander einen liechtensteinischen Weg!», rief Christoph Wenaweser zu einer sachorientierten



Neues parlamentarisches Instrument: In der «Aktuellen Stunde» diskutieren die Abgeordneten aktuelle Themen, um der Regierung ein Stimmungsbild des Landtags zu zeichnen. Bild Daniel Ospelt

Auseinandersetzung mit dem Thema auf.

## Streichung Staatsbeitrag

Auch bei den restlichen Abgeordneten war der dringende Handlungsbedarf unbestritten. «Grund dafür ist aber nicht ausschliesslich die demografische Entwicklung», sagte DU-Abgeordneter Erich Hasler. Viel bedeutender sei die Streichung des Staatsbeitrages ab 2018, womit rund 50 Millionen für die AHV wegfallen. Sein Parteikollege Herbert Elkuch erwähnte ausserdem die Rentenbezügler aus dem Ausland. Schliesslich beschäftige Liechtenstein viele Grenzgänger und Ausländer. «Diese Rentengelder fliesen ins Ausland und werden dort ausgegeben.» Der dortige Staat kassiere von diesem Geld die Mehrwertsteuer. Auch Landtagsvizepräsidentin Violan

da Lanter-Koller hielt fest, dass zwei Drittel der heutigen AHV-Verschuldung den Leistungsempfängern im Ausland zuzurechnen sei. «Es wird festgestellt, dass das Verhältnis zwischen Nettozahlungen im Erwerbsalter und den empfangenden Nettoleistungen für Zupendler und ausländische Rentner günstiger ausfällt als für die Wohnbevölkerung in Liechtenstein.» Dieser Punkt solle für die neue Reform überprüft werden.

## Ball bei der Regierung

Mehrmals wurde von den Abgeordneten erwähnt, dass einzelne Massnahmen nicht greifen, sondern es eine Kombinationslösung brauche. Bedürfnisgerechtigkeiten müssten dabei eingehalten werden, sagte der FL-Abgeordnete Thomas Lageder. So nehme er von einem Giesskannenprinzip Ab-

stand und befürworte, dass das Vermögen sowie die Verdienste in der Vergangenheit an die Leistungszahlung angepasst werden. «Es muss möglich sein, zwischen der ersten, zweiten und dritten Säule einen Ausgleich zu schaffen», so Lageder. «Personen, die in der ersten Säule gut situiert sind und über ein hohes Vermögen verfügen, denen muss die AHV reduziert oder im Extremfall gestrichen werden.» Laut Elfried Hasler hätte dies jedoch nur marginale Auswirkungen.

Der DU-Abgeordnete Harry Hasler resümierte in seinem Votum: «In dieser aktuellen Stunde hat die Regierung interessante Anregungen erhalten – ich hoffe, dass sie den Ball aufnehmen wird.» Man habe gelernt, dass die Zukunft bereits geschehen sei – «nun heisst es, Vergangenes aufzuarbeiten.»

# Mitbestimmungsrecht ja – aber mit Einschränkungen

Das Thema Stimm- und Wahlrecht für Ausländische Liechtensteiner beschäftigt Liechtenstein seit Jahren. Die gestrige Diskussion im Landtag liess zumindest hoffen, dass noch in dieser Legislatur ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet werden kann.

Von Angela Hüppi

Vaduz. – Nach zwanzig Jahren Diskussion um das Stimm- und Wahlrecht für Ausländische Liechtensteiner wollten die FL-Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer endlich einen entscheidenden Schritt weiterkommen. Deshalb reichten sie beim Landtag eine Motion ein, welche die Regierung beauftragen sollte, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Das Wahl- und Stimmrecht sollte dabei auf Vorlagen auf Landesebene beschränkt bleiben, und auch die Aufstellung zur Wahl sollte den Ausländischen Liechtensteiner in Zukunft verwehrt bleiben.

## Nur 20 Prozent würden abstimmen

Die Landtagsabgeordneten schienen sich einig zu sein, dass das Thema nun endlich angepackt werden soll. «Die Argumente sind nach 20 Jahren bekannt», sagte FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend. Die Befürworter argumentieren unter anderem mit dem Interesse der Ausländischen Liechtensteiner am Geschehen im Heimatland und damit, dass die aktuelle Situation das Recht der Ausländischen Liechtensteiner auf Gleichbehandlung beschneidet. In ihrer Motion weist die

Freie Liste zudem darauf hin, dass gemäss einer Studie des Liechtenstein-Instituts vom November 2012 nur etwa 20 Prozent der Ausländischen Liechtensteiner sich tatsächlich an Wahlen und Abstimmungen beteiligen würden, das entspräche weniger als 10 Prozent aller Stimmberechtigten. Durch weitere Hürden wie eine obligatorische Anmeldung für jede einzelne Abstimmung könnte diese Zahl zudem weiter gesenkt werden. «Diese Zahlen können die Ängste entkräften, dass die Ausländischen Liechtensteiner einen überproportional grossen Einfluss auf die Abstimmungsergebnisse hätten», sagte Helen Konzett Bargetze.

## Nicht alle sollen mitbestimmen

Die VU- und FBP-Abgeordneten waren sich einig, dass die Argumente für ein vermehrtes Mitspracherecht von Ausländischen Liechtensteiner nicht von der Hand gewiesen werden können. Trotzdem äusserten sie Vorbehalte, ob letztlich nicht doch ein überproportionaler Teil der Stimmberechtigten aus dem Ausland abstimmen würde. Zudem seien nicht alle Ausländischen Liechtensteiner in gleichem Masse von Abstimmungsergebnissen betroffen. FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend meinte, oft seien nur jene Ausländischen Liechtensteiner betroffen, die in Liechtenstein arbeiten oder die wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen.

Daher solle das Wahl- und Stimmrecht von Kriterien wie der Anzahl Aufenthaltsjahre im Ausland, Arbeitsort oder auch Entfernung von Liechtenstein abhängig gemacht werden. Was diesbezüglich verfassungsrecht-

lich möglich ist, solle die Regierung abklären, bevor sie eine Gesetzesvorlage erarbeite. Wohlwend sprach sich daher dafür aus, die Motion in ein entsprechendes Postulat umzuwandeln.

Dies befürwortete auch VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser. «Die VU-Landtagsfraktion stimmt mit den Motionären überein, dass Ausländische Liechtensteiner Teil der Nation sind», sagte er. «Es ist aber ebenso zutreffend, dass nicht alle Ausländischen Liechtensteiner in gleicher Weise von Entwicklungen in Liechtenstein betroffen sind.» Ein uneingeschränktes Stimm- und Wahlrecht für alle Ausländischen Liechtensteiner komme daher für die VU nicht infrage.

## «Allein mir fehlt der Glaube»

Sowohl die FL- wie auch die DU-Fraktion konnten einer Umwandlung der Motion in ein Postulat zunächst nicht viel abgewinnen. «Das sind schöne Worte, allein mir fehlt der Glaube», fasste der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer zusammen. Das Geschäft solle nicht noch weiter hinausgezögert werden, da eine Lösung nun fällig sei. Auch DU-Fraktionssprecher Harry Quaderer befürchtete: «Wenn wir die Motion in ein Postulat umwandeln, dauert es nochmals 20 Jahre, bis wir eine Lösung finden.»

VU und FBP hielten dagegen, dass es effizienter sei, die Details abzuklären, bevor ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet wird. Ansonsten fände der Gesetzesvorschlag möglicherweise keine Mehrheit im Landtag. Nachdem sich auch Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer für eine Umwandlung in ein Postulat aus-



Stellt Bedingungen: Für VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser kommt ein uneingeschränktes Stimm- und Wahlrecht für Ausländische Liechtensteiner nicht infrage. Bild Daniel Ospelt

sprach, gaben die Motionäre schliesslich nach. Das Postulat wurde der Regierung einstimmig übergeben; diese soll die aufgeworfenen Fragen klären und so die Grundlagen für eine gemeinsame Motion aller Fraktionen

schaffen. Thomas Zwiefelhofer versicherte, dass die Regierung das Geschäft nicht verschleppen möchte und das Thema schnell behandeln werde, um zu einem hoffentlich konsensfähigen Ergebnis zu kommen.